

Antrag

Fraktion der SPD;

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,
Ursprungsinitiator: Fraktion der SPDBeratungsfolge:

27.01.2016 BVV

BVV/ 037/VII

Betreff: Information der Anwohner*innen bei Spielplatz-Sperrung weiter verbessern**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, bei der Sperrung von Spielplätzen im Bezirk dafür zu sorgen, dass die Anwohner*innen nicht nur über den Grund, sondern auch die voraussichtliche Dauer der Sperrung informiert werden. Zudem soll ein*e Ansprechpartner*in für Nachfragen genannt werden. Dafür ist das Anbringen eines entsprechenden Hinweises an der Absperrung umzusetzen. Gleiches gilt für die Aufnahme in die Vorhaben- und Projektliste des Bezirks.

Berlin, den 19.01.2016

Einreicher: Fraktion der SPD

Gez. Thomas Bohla
Rona Tietje

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen**Abstimmungsverhalten:**

EINSTIMMIG

MEHRHEITLICH

JA

NEIN

ENTHALTUNGEN

federführend

überwiesen in den Ausschuss für

zusätzlich in den Ausschuss für

und in den Ausschuss für

Begründung:

Regelmäßig müssen im Bezirk Spielplätze gesperrt werden, weil sie durch Abnutzung, Witterungseinflüsse oder Vandalismus nicht mehr den geltenden Sicherheitsbestimmungen entsprechen und ein gefahrloses Spielen damit nicht mehr gewährleistet werden kann. Solche Sperrungen durch Bauzäune o.ä. werfen in der Bevölkerung immer wieder Fragen auf und führen zu Verärgerung, weil der Grund der Sperrung zum Teil nicht eindeutig erkennbar ist. Zudem haben die Nutzer*innen ein hohes Interesse daran zu wissen, wann mit einer Instandsetzung zu rechnen ist und die jeweiligen Spielplätze wieder freigegeben werden. Derlei Auskünfte beschäftigen das Bezirksamt regelmäßig nicht nur durch direkte Bürgernachfragen, sondern auch durch viele kleine Anfragen von Bezirksverordneten (vgl. beispielhaft KA-0005, -0151, -0273, -0506, -0697, -0734, -0893 der laufenden Wahlperiode).

Um dem Informationsbedürfnis der Anwohner*innen gerecht zu werden und wiederkehrende Nachfragen zu vermeiden, sollte seitens des Bezirksamts ein Hinweis an der Absperrung angebracht werden, der neben dem Grund der Sperrung auch über deren voraussichtliche Dauer informiert sowie Ansprechpartner*innen für Nachfragen nennt. Zudem wird angeregt, die notwendigen Baumaßnahmen und Instandsetzungsarbeiten in die Vorhaben- und Projektliste des Bezirks aufzunehmen und damit online zugänglich zu machen.